

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Rainer Hable, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Aufnahme von Haircut- & Konvertierungsverhandlungen mit den Anleihegläubigern der Hypo-Alpe-Adria-Bank International AG

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kathrin Nachbaur, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen zum Thema „Mangelhaftes Krisenmanagement in der Causa Hypo-Alpe-Adria - zwischen Unwissenheit und scheinbarer Unwahrheit“

Um den Schaden aus der Causa Hypo für die Steuerzahler_innen möglichst gering zu halten, sollen die institutionellen Investoren, die bis heute Anleihepapiere der Hypo-Alpe-Adria-Bank halten, zum Leisten eines Beitrags angeregt werden. Im Gegenzug könnten die Anleihen anstelle einer Landeshaftung mittels Bundeshaftung abgesichert werden. Des Weiteren sollte über eine budgetschonende Verlängerung der Anleihelaufzeiten sowie über eine Reduktion des Anleihezinssatzes auf marktübliche Konditionen verhandelt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Finanzen werden aufgefordert, vor Fällen einer Entscheidung über die weitere Vorgangsweise in Hinblick auf die Hypo-Alpe-Adria-Bank International AG mit den Inhabern der durch die Kärntner Landeshaftung besicherten Anleihen in Verhandlungen zu treten. Dabei ist insbesondere auf einen Schuldenschnitt, verlängerte Laufzeiten der Schuldverschreibungen und reduzierte Zinssätze hinzuwirken. Im Gegenzug kann eine Besicherung durch den Bund angeboten werden.“

Wien, am 25.2.2014



N. Scheuch

